

**BLAUER
MUT**

SONDERAUSGABE 2 JAHRE CORONA-AUSNAHMEZUSTAND

ICH
ENTSCHEIDE
SELBST!

**IMPFPFLICHT:
ROHRKREPIERER
MIT ANSAGE!**

Die Verabschiedung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht stellt ohne Zweifel einen vorläufigen Tiefpunkt der autoritären Corona-Politik dar. Nach zwei Jahren Krise brauchen die Regierungsparteien in Bund und Ländern eine hohe Impfquote als Legende, um gesichtswahrend aus der eigenen Test-Statistik-Maßnahmen-Spirale aussteigen zu können. Insoweit hatten sich CDU, SPD, Linke, Grüne und FDP frühzeitig auf das Mantra von der Beendigung der Pandemie durch Impfungen festgelegt. Allerdings spricht vieles dafür, dass diese Strategie nun zum Rohrkrepierer wird – mangels Glaubwürdigkeit. Da wäre zum einen die Erkenntnis, dass Virusmutationen die Wirkungsdauer der Impfung stark einschränken. Selbst wenn

es zutrifft, dass die Zahl schwerer Verläufe im Durchschnitt ein paar Monate lang durch die Impfung verringert wird, betrifft dies weite Teile der Bevölkerung nicht. Denn bis weit ins mittlere Alter hinein ist das Risiko, wegen Corona auf der Intensivstation zu landen, verschwindend gering. Diesen Menschen eine vermeintliche Schutzwirkung vorzugaukeln, ist eine ethisch nicht vertretbare Täuschung. Von ihnen angesichts zum Teil

drastischer Impfnebenwirkungen „Solidarität“ einzufordern, ist ein dreister Manipulationsversuch seitens der Politik. Das gilt umso mehr, als längst viele schrille Behauptungen zur Situation auf den Intensivstationen, zu Impfnebenwirkungen und der Gefahr durch „Omikron“ als Unwahrheiten widerlegt wurden. Diese Erkenntnisse erhielten überhaupt nur dank sozialer Medien wie Telegram und der

wachsenden Zahl von Zweiflern eine Chance, von größeren Bevölkerungsgruppen wahrgenommen zu werden. Denn Presse und Rundfunk übernahmen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, unreflektiert die Behauptungen der etablierten Politik und werteten Vertreter abweichender Meinungen in zum Teil drastisch inhumaner Weise ab. Die Folge ist ein Veränderungsprozess, wie ihn der Westen nie und der Osten seit 1989 nicht mehr erlebt hat. Nie zuvor wurde die Austauschbarkeit der etablierten politischen Kräfte deutlicher als durch den Verrat der Wahlversprechen kurz nach der Bundestagswahl im September. Nie zuvor war die Glaubwürdigkeit politisch-medialer Institutionen geringer als heute. Davon wird selbst das Bundesverfassungsgericht erfasst, das einst

hohes Vertrauen bei den Bürgern genoss. Nie zuvor gingen mehr Menschen trotz geschwungener Nazikeule und der Abschaffung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit auf die Straßen. Und nie zuvor zeigte sich die wütende Verzweiflung von Verantwortlichen wie Innenminister Georg Maier (SPD) in so drastischen Bildern wie bei den polizeilichen Exzessen gegen friedliche Spaziergänger. Die Amtsträger der Altparteien, die sich selbst so gern als Demokraten loben, könnten sich kaum besser selbst entzaubern, als sie es in der von ihnen verschuldeten Krise jetzt tun. Angefangen auf der Landkreis-

... Fortsetzung Innenteil

**Impfpflicht? Die
Impfentscheidung
muss frei und
individuell bleiben.**

**Fortsetzung
Titel »**

versuchen nun Entscheidungsträger, den Rückwärtsgang einzulegen. Erste Landräte haben angekündigt, die einrichtungsbezogene Impfpflicht schon deshalb nicht umzusetzen, weil dadurch eine Notlage in Pflege und medizinischer Versorgung absehbar ist. Bundespolitiker stellen die Frage, wie eine Impfpflicht bei Millionen Impfunwilligen angesichts der schon vorhandenen Belastung der Ämter überhaupt rechtsstaatlich durchgesetzt werden soll. Und auch das Märchen vom drohenden gesetzlichen Beschäftigungsverbot ab dem 16. März brach für den größten Teil der davon betroffenen Beschäftigten als Lüge in sich zusammen (Hinweise und Tipps zur Rechtslage können Sie unter www.afd-thl.de/gegen-impfzwang nachlesen).



Stefan Möller,
MdB und Rechtsanwalt

Wie es mit uns und unserer Freiheit weitergeht, werden die nächsten Monate zeigen. Nie war Zivilcourage wichtiger als heute. Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag wird als verlässlicher parlamentarischer Partner alle Menschen unterstützen, die friedlich für ein Ende der autoritären Corona-Politik streiten.

Stefan Möller



**Die Opfer der
Corona-Politik**
Unsere Kinder und Jugendlichen

Seit Beginn der Corona-Maßnahmenkrise war klar, dass das Wohlergehen der jungen Generation für unsere Regierungen keine Rolle spielt. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Kontaktverbote und Isolierung, geschlossene Spielplätze, stillgelegter Freizeitsport, wochenlange Schulschließungen. Dann Maskenpflicht, ständiges Testen und zuletzt der politische Druck, auch Minderjährige impfen zu lassen. All dies ist eine sinnlose Quälerei. Denn

es ist längst bestätigt: Kinder und Jugendliche sind von der Covid-19-Erkrankung kaum gefährdet. Bei einer Infektion mit dem Virus bleiben die weitaus meisten ohne Symptome oder zeigen nur schwache Krankheitszeichen. Unter den deutschlandweit etwa 117.000 Personen, die bis Ende Januar 2022 als „Corona-Tote“ angegeben wurden, waren 57 (also 0,05 %) unter 20 Jahre alt. Klar ist auch, dass Schulen oder Kindergärten zu keinem Zeitpunkt „Pandemietreiber“

waren. Eine kaltschnäuzige Politik geht seit zwei Jahren über diese Fakten hinweg. Mehr noch: Nach wie vor wird öffentlich Angst vor dem angeblichen Killervirus geschürt – eine Angst, die gerade Kinder und Jugendliche belastet. Die Folge: eine drastische Zunahme von Depressionen, emotionalen Krisen, Essstörungen oder Selbstmordversuchen bei jungen Leuten. Der Schaden, den die Maßnahmen anrichten, wird sich noch in Jahrzehnten auswirken. Auch auf

den Lebensstandard: Wie das Ifo-Institut darlegte, bedeutet die staatlich verordnete Bildungslücke für die „Generation Maske“ spürbare Nachteile im späteren Berufsleben. All dies muss auch der Regierung Ramelow angerechnet werden, die im Verein mit Merkel, Scholz & Co. unsere Kinder zu Mitteln degradiert, die dem angeblichen Zweck der Volksgesundheit zu dienen haben. Eine derart verantwortungslos handelnde Regierung sollte endlich abdanken.

Corona-Maßnahmen:

Angriff auf den Mittelstand

Die Corona-Politik hat große Bereiche der mittelständisch geprägten Wirtschaft Thüringens in eine tiefe Krise gestürzt. Lockdown, Kontaktbeschränkung oder „2G“, „2G+“ und „3G“-Zugangsbeschränkungen haben insbesondere den Einzelhandel, das Gast- und das Tourismusgewerbe oder die körpernahen Dienstleistungen, aber auch zahlreiche andere Branchen hart getroffen. Das produzierende Gewerbe leidet unter einem spürbaren Export- und Import-Rückgang sowie unter Lieferengpässen, die ihrerseits Folge von Corona-Maßnahmen sind. Viele Betriebe und Selbständige sehen sich nach

zwei Jahren Corona-Politik vor dem Aus. Die katastrophalen Folgen der Corona-Politik werden lange nachwirken. Denn der Rückgang von Investitionen (2020 7 % bei Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten, im Kfz-Gewerbe 28 %) oder der Einbruch bei Ausbildungen schwächen die wirtschaftliche Leistungskraft Thüringens auf längere Sicht. 2020 absolvierten 32 %

weniger junge Menschen eine Friseurlehre, 2021 weitere 17 % weniger als im Vorjahr! Von den Betrieben des Gastgewerbes, die angesichts eines deutlichen Rückgangs der Gästezahlen (mtl. Übernachtungen 2019: 862.477; 2020: 558.015) nicht bereits aufgegeben haben, sind viele in ihrer Existenz bedroht.

Von Anfang an wiesen viele Stimmen aus der Wissenschaft

darauf hin, dass die ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus nicht geeignet und daher nicht erforderlich seien. So verwundert es nicht, dass die Landesregierung zu keinem Zeitpunkt darlegen konnte, wie sich Ausgangssperren oder Zutrittsbeschränkungen tatsächlich auswirken. Alle Maßnahmen beruhen folglich auf Spekulationen und Glaubensbekenntnissen. Eben deshalb hat sich die AfD-Fraktion von Beginn an gegen die unverhältnismäßige, wirtschaftsfeindliche Corona-Politik gewandt und wird dies auch weiterhin tun.



WIR HELFEN IHNEN GEGEN DIE IMPFPFLICHT!
www.afd-thl.de/gegen-impfzwang
Kann mich mein Arbeitgeber als Ungeimpfter rauswerfen oder ohne Entgelt freistellen?
Welche Argumente kann ich nutzen, um nach dem 16. März weiterarbeiten zu können?
Wo finde ich Ansprechpartner, wenn es brenzlich wird?
GEGEN IMPFZWANG

Lesen Sie dazu auch den Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 7 / 4723

Spaziergänge in die Freiheit

Deutschland geht spazieren. Montag für Montag treffen sich freiheitsliebende Bürger im ganzen Land, um auf friedliche Weise gegen das autoritäre Corona-Regime zu protestieren. Mit mehreren hunderttausend Teilnehmern an über 1.500 Orten (Stand Ende Januar) ist die größte Freiheitsbewegung in Deutschlands Geschichte entstanden – quer durch alle sozialen Milieus und über alle parteipolitischen Lager hinweg. Lange haben die Bürger die Zumutungen einer übergriffigen, repressiven Regierungspolitik hingenommen, aber jetzt ist für eine wachsende Zahl von Menschen das Maß voll. Als AfD-Fraktion im Thüringer Landtag haben wir bereits

Schädigung des Wirtschaftslebens nicht erforderlich sind. Wir forderten Maß und Mitte bei der weiteren Pandemiebekämpfung. Unsere Mahnung wurde ignoriert. Die Herrschaft der Angst und die Propaganda, mit der die Regierenden und ihre Medienlakaien die Bevölkerung seit mittlerweile zwei Jahren malträtieren, haben bereits heute eine historische Schreckensbilanz zur Folge: eine Zusatzbelastung der öffentlichen Haushalte in Billionenhöhe. Insolvenzen und Pleiten, vor allem von kleineren und mittleren Unternehmen. Eine ganze Generation von Bildungsverlierern. Rund ein Drittel der Kinder und Jugendlichen mit psychischen Problemen, von Ängsten über Depressionen bis hin

Hand halten konnte. Und obwohl alle epidemiologischen und medizinischen Erkenntnisse dagegen sprechen, wird eine allgemeine Impfpflicht angestrebt. Mit Impfstoffen, die weder wirksam vor Ansteckung schützen noch vor der Weitergabe des Virus – dafür aber schwerwiegende Nebenwirkungen bis zum Tod nach

terer Beweis für den skandalösen Mißbrauch einer staatlich-neutralen Behörde zum Schutz eines Herrschaftskartells. Ich habe von Heiligenstadt über Arnstadt bis Zeulenroda jung und alt gesehen, habe Familien getroffen, habe mich mit Bürgern aller politischen Couleur unterhalten und habe mich mit Einzelhändlern, Fitnessstudio-

zei: Pfefferspray- und Schlagstockeinsätze gegen friedliche Demonstranten, die lediglich ihr verfassungsmäßig garantiertes Recht auf Versammlungsfreiheit wahrnehmen, sind in einem demokratischen Rechtsstaat tabu! Die involvierten Beamten können sich hier auch nicht auf irgendeinen „Befehlsnotstand“ berufen. Ihr Thüringer Dienstherr, Innenminister Georg Maier, wird übrigens bei den Spaziergängern nur noch als „Schlagstock-Maier“ bezeichnet. Doch das Drehen an der totalitären Schraube wird vergeblich sein: Je mehr sich ein abgewirtschaftetes Regime verhärtet, umso größer wird der Widerstand der Bevölkerung. Vor allem die Bürger im Osten des Landes haben hier eine historische Erfahrung mehr als diejenigen im Westen. Und sie wissen auch,

Alle Deutschen haben das Recht, sich friedlich zu versammeln.

sich ziehen können. Das ist nicht nur verfassungswidrig, sondern regelrecht sadistisch. Es ist ein Angriff auf die Grundrechte der körperlichen Unversehrtheit und der Selbstbestimmung, ein Angriff auf die Menschenwürde. Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag lehnt daher eine Impfpflicht mit aller Entschiedenheit ab. Wir sind keine generellen Impfgegner. Aber jeder Bürger soll frei über die Impfung entscheiden können.

Ich selbst war bei zahlreichen Freiheitsspaziergängen in ganz Thüringen mit dabei. Wenn der sogenannte Verfassungsschutz hier „Extremisten“ in Aktion sieht, dann ist dies nur ein wei-

betreibern und Frisörinnen ausgetauscht. So unterschiedliche Sorgen und Motive sie auch nannten, allen gemeinsam ist der Wille, die Bürgerrechte gegen ein machtberauschtes Corona-Regime zu verteidigen.



angesichts des ersten „Lockdowns“ im Frühjahr 2020 erklärt, daß die massiven Grundrechtseinschränkungen und die bewußt in Kauf genommene

zu Selbstmordversuchen. Zahllose alte Mitbürger gestorben in erzwungener Isolation, ohne daß ihnen ein naher Angehöriger in der Sterbeminute die

Freiheitsspaziergängen in ganz Thüringen mit dabei. Wenn der sogenannte Verfassungsschutz hier „Extremisten“ in Aktion sieht, dann ist dies nur ein wei-



Der Thüringer AfD-Fraktionsvorsitzende Björn Höcke auf einem Corona-Spaziergang Anfang Februar 2022

Wie unabhängig ist das RKI?

Das Robert-Koch-Institut (RKI) gilt in der Corona-Krise als höchste Autorität, seine Empfehlungen halten viele für unantastbar. Sogar Gerichte übernehmen unbeschweren die Behauptungen des RKI über die Gefährlichkeit des Coronavirus, über die Impfstoffe oder über die Lage in den Krankenhäusern. Seit Januar entscheidet das RKI außerdem rechtsverbindlich auch über die Dauer des sogenannten Genesenenstatus. Doch ist das RKI eine neutrale und

unabhängige Instanz, wie man das von einer rechtsstaatlichen Behörde erwarten darf? Bereits 2019 erhielt das RKI unter dem Titel „Impfstoff-Entwicklung“ eine Spende der „Bill & Melinda Gates Foundation“. Im Januar 2022 wurde bekannt, dass die Gates-Stiftung dem RKI im November 2021 erneut knapp 500.000 US-Dollar hat zukommen lassen. Die Stiftung verfolgt weltweit unter anderem gesundheitspolitische Ziele, ohne einer demokratischen Re-

chenschaftspflicht zu unterliegen. Zugleich ist sie mit Großkonzernen der Pharmaindustrie wie BioNTech oder CureVac verbunden. Jeder Beamte setzt sich dem Vorwurf der Bestechlichkeit aus, wenn er von irgendwem eine Flasche guten Weines als Geschenk entgegennimmt. Wie bestechlich ist das RKI, wenn es hohe Summen von einer privaten Stiftung bekommt, die keineswegs nur wohltätige Zwecke verfolgt? Wird das RKI bald eine Marionette der Milliardärsstiftung sein?

Der Journalist Harald Martenstein, der zu den wohl letzten vernünftigen Stimmen in der Mainstream-Presse zählt, schrieb im regierungstreuen „Tagesspiegel“, man könne doch Menschen, die für verfassungsmäßige Grundrechte protestierten, nicht ernsthaft als „Verfassungsfeinde“ bezeichnen.

Umso empörender ist stellenweise das Vorgehen der Poli-

wie man sich wehren kann. Die Thüringer AfD-Fraktion erklärt sich solidarisch mit allen friedlichen und kreativen Protesten auf der Straße. Egal, ob geimpft oder nicht geimpft, politisch rechts-, mitte- oder linksorientiert, In- oder Ausländer, jung oder alt: gegen die Spalter an der Macht und im Freiheitsdrang geeint!

Björn Höcke

<https://t.me/joinchat/AAAAAFMd5BPX3Z1jfwssOA>
Folgen Sie uns auf Telegram



Corona nicht Ursache für die Krise des Gesundheitssystems

Alljährlich kommt es in der Grippesaison zu Versorgungsengpässen an Kliniken. Diese entstehen vor allem durch Personalmangel als Folge einer verfehlten Politik, nicht als Folge der Grippewellen oder jetzt des Coronavirus: Eine falsche Politik hat dazu geführt, dass die Krankenhäuser immer mehr profitorientiert arbeiten – und dann vor allem beim Personal sparen. Die Folgen: schlechte Bezahlung etwa von Pflegekräften oder Überlastung durch Zeitdruck. Hinzu kommen immer neue und mehr Verwaltungsaufgaben. Dies

führte zur Abwanderung von Fachkräften aus dem Gesundheitssystem und zu entsprechenden Personalengpässen.

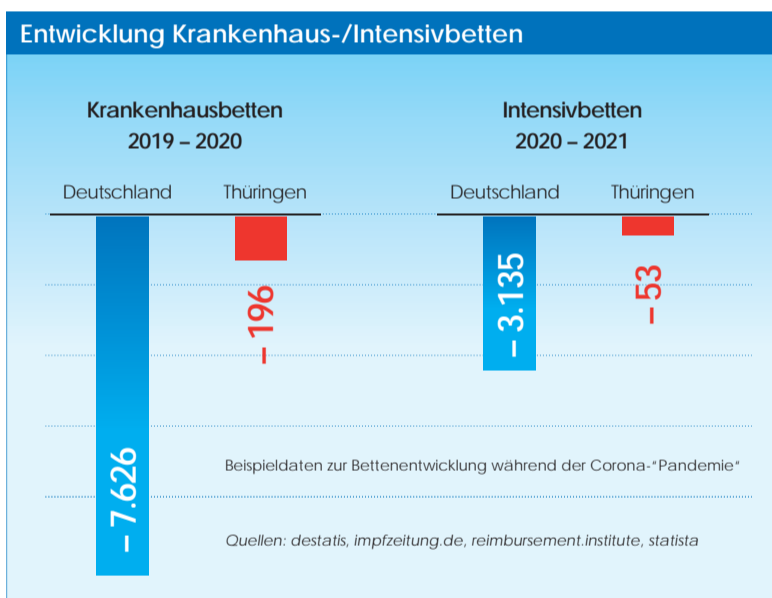
Die Corona-Krise hat diesen Missstand in den Winterwo-

chen 2020/21 und 2021/22 verdeutlicht. Die in der dunklen Jahreszeit oft angespannte Situation an den Kliniken wurde durch die Corona-Maßnahmen der Politik zudem verschärft. Der

Verzicht auf Kontrollleistungen bei Unfallpatienten etwa führte dazu, dass diese in eine personalintensive Quarantänebehandlung kamen, auch wenn der routinemäßige erste (und letzte) Test unerkannt falsch positiv war.

Die Einführung der Impfpflicht für Einrichtungen im Gesundheitswesen macht die Lage noch schlimmer. Viele medizinische Fachkräfte wollen sich nicht impfen lassen. Die Impfpflicht wird nicht wenige von ihnen aus ihrem Beruf treiben und die Lage an den Kliniken weiter verschlechtern.

Die Thüringer AfD-Fraktion hat im Landtag die Einführung eines Sofortprogramms zum Ausbau der intensivmedizinischen Kapazitäten und zur Rückgewinnung von medizinischem Fachpersonal gefordert. Es muss jetzt darum gehen, das Gesundheitswesen zu stärken, die Arbeitsbedingungen an den Kliniken zu verbessern und die engstirnige Profitorientierung im Gesundheitswesen zu beenden. Und natürlich ist eine Impfpflicht der Lage völlig unangemessen.



Falsche Versprechungen und Willkür

Über den Widersinn der Corona-Politik

Ein heute schon geflügeltes Wort lautet: „Nur keine ‚Verschwörungstheorie‘ über Corona verbreiten, sie könnte zur Gesetzesvorlage werden!“ Denn der Blick auf das „Pandemiemanagement“ von Landes- und Bundesregierung in den zurückliegenden Monaten lehrt: Was heute noch heftig dementiert und als „Verschwörungstheorie“ abgetan wird, kann morgen schon umgesetzt sein. Warnungen vor „Lockdown“ und Impfpflicht etwa wurden erst als „Fake News“ gezeißelt – bis man sie dann schließlich ins Werk setzte. Überhaupt gilt: Von „flatten the curve“ über die Maskenpflicht bis hin zum Impfwang für Einrichtungen im Gesundheitswesen hat die Corona-Politik einen Kurs verfolgt, dessen Widersprüchlichkeiten die Bürger am gesunden Menschenverstand der Regierungen zweifeln lassen. Hinzu kommt ein Bündel falscher Versprechun-

gen, den Ausnahmezustand zu beenden, wenn erst ein bestimmter Meilenstein erreicht sei – etwa die Einführung eines Impfstoffs oder später das Erreichen einer bestimmten Impfquote in der Bevölkerung.

Im April 2021 versprach Ministerpräsident Ramelow die Aufhebung eines Großteils der Maß-

Orientierungslose Politik führt ins Chaos

nahmen, wenn die Hälfte der Thüringer durch Impfung oder eine überstandene Corona-Infektion immunisiert sei. Wenige Wochen später meinte Ramelow dann, man werde „ein hohes Maß an Freiheiten zurückgeben können, wenn 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung geimpft“ seien.

Inzwischen hat Thüringen eine Impfquote von etwa 70 Prozent, aber von Freiheit keine Spur. Monatlang „2G“- und „2G+“-Regeln in Einzelhandel, Gastgewerbe und bei körpernahen Dienstleistungen zeigen deutlich genug, was von den Ankündigungen des dunkelroten Ministerpräsidenten zu halten ist.

Statt Freiheit bekommt die Bevölkerung moralischen Druck. Entwickelt sich das Corona-Geschehen trotz all der Maßnahmen nicht in die erhoffte Richtung, so wird nicht etwa nach der Sinnhaftigkeit der Maßnahmen gefragt. Lieber weist man anderen die Schuld zu und fordert gebets-

mühlenartig, dass sich alle impfen lassen müssten. Für jedes Regierungsversagen werden im Übrigen sogenannte Impfgegner verantwortlich gemacht. In diesen Chor der Diffamierung stimmen besonders die zwangsbeitragsfinanzierten Medien jederzeit willfährig ein.

Den Bürgern bleiben die Willkür und die Heuchelei nicht verborgen, zumal die Widersinnigkeit der Maßnahmen von Tag zu Tag offenkundiger wird. Die Thüringer AfD-Fraktion weist immer wieder auf die Widersprüchlichkeit und die Ungeeignetheit der Maßnahmen hin und steht für eine Corona-Politik mit Maß. Niemand wird sagen können, dass es keine Alternative gegeben hätte.



Impressum

V.i.S.d.P.: Björn Höcke
Bürgerinformation der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Auflage: 600.000 Stück

- [f @afd-thl](https://www.facebook.com/afd-thl)
- www.afd-thl.de
- [@afd-landtags-tv](https://www.youtube.com/channel/UC...)



Unsere Positionspapiere zur Corona-Politik
Link zur Themenseite